

Die "Roma-Frage" in Frankreich und Europa: Dekonstruktion eines Klischees

Olivera, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Olivera, M. (2014). *Die "Roma-Frage" in Frankreich und Europa: Dekonstruktion eines Klischees*. (DGAP-Analyse, 18). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55621-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

September 2014 N° 18

Die „Roma-Frage“ in Frankreich und Europa

Dekonstruktion eines Klischees

von Martin Olivera

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Zusammenfassung

Die „Roma-Frage“ in Frankreich und Europa

Dekonstruktion eines Klischees

von Martin Olivera

In der öffentlichen Wahrnehmung vieler europäischer Länder gelten Roma immer wieder als eine spezielle Bevölkerungsgruppe, die spezifische Probleme verursacht. Am Beispiel der Gruppe der „Roma-Migranten“ in Frankreich fällt auf, dass ein Großteil der Schwierigkeiten, mit denen diese Einwanderergruppe konfrontiert ist, damit zusammenhängt, welche Wahrnehmungen und Klischees von „Roma“ in Politik, Institutionen und Medien vorherrschen. Der Begriff „Roma-Migranten“ ist noch relativ jung und umschreibt verschiedene familiäre Gruppen aus Zentral-europa und vom Balkan, die infolge des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime emigriert sind. In Frankreich umfasst diese Gruppe von Einwanderern 15 000 bis 20 000 Personen vorwiegend aus Rumänien. Sie leben zumeist in temporären, nicht genehmigten Siedlungen in den Vorstädten französischer Großstädte. Die prekären Lebensumstände sind allerdings nicht auf eine in irgendeiner Art ethnisch-kulturell zu begründenden Präferenz eines „fahrenden Volkes“ zurückzuführen, sondern auf Mechanismen der Ausgrenzung, die politisch, juristisch und gesellschaftlich begründet sind.

Inhalt

Das Aufkommen der „Roma-Frage“ in Frankreich	3
Emigration und Immigration der rumänischen Roma – jenseits der Klischees.....	4
Der „Platz“: Wohnraum aus Mangel an Alternativen	6
Mechanismen der Ausgrenzung	7
Fazit	9

Die „Roma-Frage“ in Frankreich und Europa: Dekonstruktion eines Klischees

von Martin Olivera

Die „Roma-Frage“ nimmt heute einen festen Platz in den öffentlichen Debatten in Frankreich ein. Während noch vor zehn Jahre nur wenige den Begriff benutzten, glaubt heute jeder zu wissen, wer „die Roma“ sind und aus welchen Gründen sie „Probleme verursachen“: Die Migrantenfamilien aus Osteuropa würden übermäßig viele Lager errichten und ihren Lebensunterhalt auf illegalem oder gar kriminellen Wege verdienen. Die Roma werden eher als Zigeuner oder Bohemiens des 21. Jahrhunderts¹ denn als Migranten in prekärer Situation wahrgenommen und gelten als Außenseiter und Nomaden, die den Zusammenhalt der modernen europäischen Gesellschaften insbesondere in städtischen Gebieten auf den Prüfstand stellen. Diese Wahrnehmung beschränkt sich nicht auf Frankreich. Dies belegen die drei von der Europäischen Union (EU) seit 2008 organisierten Gipfel zur „Inklusion der Roma“ sowie die Aufforderung der Europäischen Kommission an die EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2011, eine „nationale Strategie für die Integration der Roma“ auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus riefen verschiedene Institutionen und internationale NGOs eine „Dekade für die Inklusion der Roma 2005–2015“² aus.

Diese Initiativen gehen von der Annahme aus, dass es in Europa eine ethnische Minderheit, „die Roma“, gebe, deren etwa 10 Millionen Angehörige eine weit zurückliegende außereuropäische Herkunft teilen und die seit Jahrhunderten am Rande der sogenannten Mehrheitsgesellschaften

leben. Dieser Ansicht zufolge handelt es sich bei der „Roma-Frage“ um ein schwerwiegendes, althergebrachtes Problem, dem allein mit umfassenden politischen sowie spezifischen lokalen Maßnahmen begegnet werden könne. Die französische Frage der „nicht genehmigten Siedlungen“ (frz. „camps illicites“) ist somit Bestandteil einer kognitiv und rhetorisch weit größeren Problematik, die ganz Europa umfasst und auf die nationale und lokale Akteure nach eigener Ansicht keinen Einfluss haben. Diese Tatsache erklärt sicherlich auch den überzogenen politischen und medialen Diskurs zur Roma-Frage, denn mit der Zahl von etwa 20 000 Personen, davon ein Drittel Kinder, ist die Bedrohungswahrnehmung in der französischen Gesellschaft kaum zu begründen.

Das Aufkommen der „Roma-Frage“ in Frankreich

Im September 2013 wurden in Frankreich 394 „nicht genehmigte Lager“ gezählt, in denen 16 949 Personen lebten, darunter 4 300 Kinder.³ Auch wenn sich diese Daten auf Bewohner der Siedlungen beziehen, und zwar unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit – so formuliert ein entsprechender offizieller Bericht und setzt diese Angabe zur Betonung sogar kursiv –, so steht doch außer Frage, dass jene Roma gemeint sind, die im Laufe der letzten Jahre aus Osteuropa und dem

Balkan eingewandert sind. Ausgehend von dieser spezifischen Einwanderergruppe entwickelte sich allerdings die globalere, sogenannte „Roma-Frage“ im Verlauf der letzten 20 Jahre zu einem wiederkehrenden Topos der politischen und medialen Agenda bis zum Höhepunkt der Krise im Sommer 2010 und der Rede Nicolas Sarkozys in Grenoble.⁴

Im Juli 2010 war das politische Klima angespannt. Der Tod eines Jugendlichen, der aus einem als schwierig geltenden Viertel Grenobles stammte, hatte mehrere Nächte „urbaner Unruhen“ nach sich gezogen. 300 km entfernt waren zudem Roma an mehreren Schlägereien beteiligt gewesen, nachdem ein Mitglied der Gemeinde bei dem Versuch, eine Polizeisperre in Zentralfrankreich zu überwinden, zu Tode gekommen war. Der französische Präsident hielt daraufhin eine scharfe Rede zur Sicherheitslage, in der er offen einen Zusammenhang zwischen Immigration und Unsicherheit herstellte. Indem er erklärte, einen „Krieg [...] gegen Schwarzhändler und Straftäter“ führen zu wollen, platzierte er das „Problem der Roma-Lager“ prominent auf der politischen Bühne und illustrierte daran exemplarisch das „Scheitern der Integration“ nach „50 Jahren unzureichend geregelter Einwanderung“. Obwohl er jegliche „Stigmatisierung der Roma“ von sich wies, verwischte Nicolas Sarkozy in seiner Rede bewusst die Grenzen zwischen den etwa 400 000 Angehörigen des „fahrenden Volkes“, die als französische Staatsbürger nach französischem Recht eine eigenständige gesellschaftliche Kategorie darstellen, und den 15–20 000 als „Migranten“ bezeichneten Roma rumänischer und bulgarischer Staatsbürgerschaft, die zu diesem Zeitpunkt unter prekären Bedingungen in temporären Siedlungen in Frankreich lebten. Seitdem verebbt die Aufregung um das Thema nicht mehr. Es findet in regelmäßigen Abständen Eingang in die Nachrichten, sei es infolge einer öffentlichen Erklärung zum Thema, eines lokalen Vorfalls⁵ oder schlicht zur Füllung der Nachrichtenspalten.

Emigration und Immigration der rumänischen Roma – jenseits der Klischees

Die Präsenz der sogenannten Roma-Migranten in den französischen Städten ist alles andere als ein Novum. Bereits seit Herbst 1989 hatte sich in Nanterre eine Barackensiedlung entwickelt, in der Familie lebten, die in Folge des Zerfalls der kommunistischen Regime aus Osteuropa emigriert waren. Damals fand das Phänomen kaum Beachtung. Im Laufe der Jahre schlossen sich diesen hauptsächlich aus Westrumänien stammenden frühen Migranten Familienangehörige an, doch erlangte diese kleine Volksgruppe nicht die Sichtbarkeit, um zum Gegenstand des politischen und medialen Diskurses zu werden. Erst nach Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien im Jahr 2002 nahm die Zuwanderung von Rumänen und Bulgaren – Roma oder nicht – in die westeuropäischen Länder neue Ausmaße an. Aktuelle Schätzungen zufolge entschlossen sich in den letzten 20 Jahren zwischen 10 und 20 Prozent der rumänischen Bevölkerung, nach Westeuropa oder Nordamerika auszuwandern.⁶ Diejenigen, die fortan zunehmend als „Roma-Migranten“ bezeichnet wurden, machten von Anfang an nur einen geringen Anteil dieser Migranten aus. Einige der Familien definierten sich selbst als „Roms“ (auf Romanes) oder „Zigeuner“ (auf Rumänisch/Bulgarisch), andere nicht. Tatsächlich stellt die ethnische Zugehörigkeit nicht das Hauptmerkmal dieser Bevölkerungsgruppe dar, die eher über ihre Wohnform und damit über ihre Sichtbarkeit im urbanen Raum definiert werden kann. Es handelt sich um sozial schwache Familien europäischen Ursprungs, die im Kollektiv Barackensiedlungen oder Häuser besetzen. Wie empirische Untersuchungen immer wieder bestätigen, leben die meisten von ihnen seit acht bis zehn Jahren in Frankreich: Auf die Frage, wann sie das erste Mal nach Frankreich gekommen seien, geben die Betroffenen ein Datum zwischen 2002 und 2005 an. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre überwog in der französischen Öffentlichkeit das Bild der flüchtenden oder exilierten Roma:

In ihren Herkunftsländern seit Jahrhunderten an den Rand der Gesellschaft gedrängt, unter dem Kommunismus zur Sesshaftigkeit gezwungen und massiver Diskriminierungen ausgesetzt⁷, würden die Roma ihre vor 1000 Jahren⁸ begonnene „Reise“ wieder aufnehmen, so die Wahrnehmung. Ihre Emigration ist damit schon sehr früh losgelöst von anderen osteuropäischen, verstärkt wirtschaftlich motivierten Migrationsbewegungen. Diese auf das Fremdartige und/oder die Opferrolle fokussierte Wahrnehmung, die vor allem unter zivilgesellschaftlichen Unterstützergruppen verbreitet war, fand jedoch bei den Institutionen wenig Widerhall. Zudem wandelte sich bis zum Jahr 2000 der Blick auf Einwanderer in Frankreich schrittweise, und zwar vom „Asylbewerber“ zum „Sans Papier“ (Ausländer ohne gültige Aufenthaltsbewilligung). Mit Beginn des neuen Jahrtausends etablierte sich im Kontext eines Wahlkampfs, der die Themen „mangelnde Sicherheit“ und „erduldeten Einwanderung“⁹ in den Fokus rückte, in den Medien das negative Bild der „Rumänen“, wobei Roma und Nicht-Roma zunächst gleichgesetzt wurden: als unerwünschte, irreguläre Einwanderer, die im besten Fall vom Betteln, ansonsten von Diebstahl, Prostitution und der Plünderung von Parkscheinautomaten leben würden.¹⁰

Bei genauerer Betrachtung der Migrationsdynamiken und -strategien der betreffenden Familien fällt jedoch auf, dass diese viele Gemeinsamkeiten mit anderen europäischen Migranten aufweisen, die im Laufe des vergangenen Jahrhunderts auswanderten. Zum einen stellt ihr Aufbruch keine Flucht dar, sondern vielmehr eine Entscheidung aus ökonomischen Gründen, in den meisten Fällen gepaart mit dem Wunsch (jedenfalls zu Beginn), in das Herkunftsland zurückzukehren.¹¹ In dieser Hinsicht ist die Emigration der Roma untrennbar mit dem breiten Migrationsstrom aus dem ehemals kommunistischen, durch den wirtschaftlichen Wandel gezeichneten Osten in Richtung Westeuropa oder Nordamerika verbunden.¹² Darüber hinaus liegen die Emigrationsrate der rumänischen Roma und die nationale rumänische Emigrationsrate mit, je nach Schätzung, zwischen 10 und 15 Prozent in ähnlicher Höhe.¹³

Besucht man die besetzten Häuser und die Siedlungen, kann man vor Ort schwerlich einen a priori bestehenden Willen zum Zusammenschluss ausmachen. Wenn sich mehrere Personen oder Familien zusammentun, so hat dies meist praktische Gründe, denn unter den ungünstigen Aufnahmebedingungen leiden insbesondere Personen mit geringem sozio-ökonomischen Kapital – wie es in jüngerer Vergangenheit auch anderen Immigrantengruppen widerfuhr, beispielsweise Spaniern, Italienern, Nordafrikanern oder Portugiesen.¹⁴ Genau wie sie leben die Roma nicht aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit am selben Ort, sondern weil sie aus denselben Städten oder Dörfern stammen und in vielen Fällen nachbarschaftlich und/oder familiär verbunden sind. Ebenso berichten die Betroffenen weniger vom Wunsch nach Anerkennung der eigenen kulturellen Identität als vielmehr von Versuchen, sich von der Gruppe zu entfernen, zu zerstreuen, ja sich „unsichtbar“ zu machen, sobald es die eigenen Mittel erlauben. Aus diesem Grund betrachten sie das Leben auf dem „Platz“ (die Migranten selbst verwenden diesen deutschen Begriff, der auf Rumänisch oder Romanes das besetzte Haus oder die Siedlung bezeichnet) als Provisorium, selbst wenn dieses mehrere Jahre andauert.

Trotz gewisser Parallelen zwischen den Roma-Migranten heute und den Migranten in den Siedlungen der 1950er bis 1970er Jahre ähnelt die Lebensweise der Roma doch vielmehr der aktueller transnationaler Migrationsbewegungen: „Dieses Reisen von einer Stadt zur anderen, von einem Land zum anderen, ist nicht willkürlich, sondern scheint einer Logik, einem Wissen über Migration und Bewegung zu gehorchen, die in der sozialen Vernetzung der Migranten begründet sind.“¹⁵ Die Migranten wählen die Strategie, sich an verschiedenen Orten niederzulassen und dort sowie in den Transitländern die zur Verfügung stehenden Ressourcen auszuschöpfen.¹⁶ Damit bedienen sich die „Roma-Migranten“ heute wie gestern weit verbreiteter Migrationsstrategien und -dynamiken.

Dennoch wächst in der politisch-medialen Sphäre und in der Öffentlichkeit das Misstrauen gegenüber der Migration der Roma sowie gegenüber ihrer kulturellen Identität. Indem die europäischen Institutionen und diverse NGOs¹⁷ im Laufe der vergan-

genen 20 Jahre ein prototypisches Bild der Roma wiederbelebten, nährten sie die Wahrnehmung der Roma als einer Bevölkerungsgruppe, die seit Jahrhunderten am Rand der europäischen Moderne lebt und die vor allem durch ihre mangelhafte Eingliederung in die Gesellschaft auffällt. Dabei bleibt außer Acht, dass beispielsweise die aus Rumänien stammenden und als „Roma-Migranten“ bezeichneten Familien fast alle einen Wohnsitz in ihrem Heimatland haben, die Erwachsenen die Schule besucht haben und erwerbstätig waren – zumindest bis in die 1990er Jahre.

Der „Platz“: Wohnraum aus Mangel an Alternativen

Im Kern geht es in der Diskussion zur Roma-Frage in Frankreich um den Begriff der „nicht genehmigten Siedlungen“: Hierbei handelt es sich um einen neuen Terminus, der seit dem Sommer 2010 verwendet wird und der weder dem juristischen noch dem städteplanerischen Vokabular entstammt. Von einem sachlichen Standpunkt aus betrachtet handelt es sich um besetzte Häuser oder Camps, die als „nicht rechtmäßig“ gelten, sobald erwiesen ist, dass dort Roma wohnen. Der Begriff ist höchst politisch, da die Bezeichnung eines Wohnraums als nicht genehmigte Siedlung Diskurse und Handlungen rechtfertigt, die weit über die Frage schlechter Wohnverhältnisse hinausgehen.¹⁸ Während Verbände und Organisationen lieber von „Gelände“ sprechen, so gebrauchen die Bewohner selbst den Begriff „Platz“, um ihren Wohnraum zu bezeichnen. Sei es ein besetztes Gebäude, eine Siedlung mit Baracken aus wiederverwerteten Materialien oder ein Stellplatz für alte Wohnwagen – der „Platz“ ist ein gemeinschaftlich besetzter Ort, den eine Gruppe von mehreren Familien oder einige hundert Personen für sich eingenommen haben. Die „Plätze“ liegen in von der Deindustrialisierung geprägten Umgebungen in den Außenbezirken der französischen Metropolen. Im Großraum Paris befinden sich die meisten innerhalb des ehemaligen „roten Gürtels“ der Kommunen, die lange Zeit von der kommunistischen Partei regiert wurden, insbesondere in Saint-Denis und im Département Val de Marne. Diese im Umbruch begriffenen

Stadtgebiete in der Nähe von Paris, die gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind, stellen einerseits Bauland für kapitalkräftige Großunternehmen dar,¹⁹ andererseits bieten sie Wohnraum für sozial schwache Bevölkerungsschichten, insbesondere für Migranten, die nur schwer eine andere Wohnung finden. So liegen zahlreiche „Plätze“ in unmittelbarer Nähe großer Sanierungsbaustellen oder Neubauten, ja manchmal stehen die Hütten gar Seite an Seite mit Kränen und Bulldozern auf dem gleichen Gelände. Meist gehört das bewohnte Stück Land zu einem Grundstück, das von öffentlicher oder halb-öffentlicher Hand verwaltet wird und bis zum Beginn eines Sanierungsprojekts sich selbst überlassen blieb.

In diesem Kontext erweist sich der „Le Hanul“²⁰ genannte „Platz“ in Saint-Denis als exemplarisch und außergewöhnlich zugleich. Wie zahlreiche nicht genehmigte Siedlungen befindet er sich in einem Niemandsland, eingeklemmt zwischen Bahngleisen und ummauerten Industrieanlagen, überragt vom Viadukt der A86, unter dem sich ein Teil der Behausungen befindet. Die Siedlung Le Hanul stellt jedoch deshalb einen Sonderfall dar, weil sie angesichts der seit mehr als zehn Jahren andauernden regelmäßigen Räumungen sogenannter Roma-Siedlungen²¹ ungewöhnlich lange Bestand hatte: Le Hanul wurde in den Jahren 2000 bis 2001 gegründet und erst im Sommer 2010 geräumt. Dabei profitierten die Bewohner von einem Nutzungsvertrag, den sie 2003 mit dem Bürgermeister von Saint-Denis unterzeichnet hatten und der die Einrichtung sanitärer Anlagen, die Installation eines Wasserzuges am Eingang des Geländes sowie eine regelmäßige Müllentsorgung vorsah. Darüber hinaus besuchten die in der Siedlung lebenden Kinder die städtischen Schulen. Soziale Vereine begleiteten die Bewohner und unterstützten sie in unterschiedlichen Belangen. Doch Le Hanul war noch aus anderen Gründen typisch für diese Art von Siedlungen: Das Baumaterial, aus dem die Wohnungen der Familien bestanden, war weitgehend identisch mit dem in anderen derartigen Siedlungen. Auf beiden Seiten der einzigen Straße hatten die Bewohner Hütten errichtet. Diese hatten sie mit Hilfe von Materialien gebaut, die sie auf Streifzügen durch die Stadt zusammengetragen hatten. Einige Familien verfügten über alte Wohnwagen, die sie durch ein

Vorzelt erweiterten, das je nach Jahreszeit geöffnet oder geschlossen wurde. Diese Raumerweiterungen dienten als Wohnraum, Empfangsraum und Küche, während das Wohnmobil selbst als Schlafzimmer fungierte. Die Tatsache, über einen längeren Zeitraum in ein und demselben Quartier wohnen zu können, hatte zur kontinuierlichen Verbesserung der Wohnverhältnisse beigetragen, je nach den Möglichkeiten, die das vorhandene Baumaterial bot, sowie abhängig von den praktischen Fähigkeiten der jeweiligen Bewohner. Die durch Stromaggregate produzierte Elektrizität machte es möglich, Satellitenantennen zu installieren und gestattete damit eine beinahe lückenlose Ausstrahlung rumänischer Fernsehprogramme. Wie auf den meisten „Plätzen“ zeugte die Einrichtung der Wohnwagen und Hütten auch auf Le Hanul vom Geschick der Bewohner und Bewohnerinnen, sich Räume, die man auch als „Nicht-Orte“ bezeichnen könnte, anzueignen und bewohnbar zu machen. Dabei steht der (relative) Komfort sowie die Reinheit der privaten Räumlichkeiten stets in krassem Kontrast zum äußeren Anschein der Siedlung an sich und ihrer Umgebung.

Wie in vielen Roma-Siedlungen bildeten auch die Bewohner des Hanul keine homogene Gruppe. Zwar waren alle rumänische Staatsangehörige und die meisten bezeichneten sich als Roma, da sie Romanes sprachen, doch stammten sie aus verschiedenen Regionen Rumäniens und ihre Lebenswege in kommunistischer und postkommunistischer Zeit unterschieden sich deutlich. Die Ältesten unter ihnen hatten sich in Frankreich niedergelassen, nachdem sie im Laufe der 1990er Jahre andere Siedlungen im Département Seine-Saint-Denis kennengelernt hatten. Sie stammten aus Dörfern oder Kleinstädten in der Region Timișoara in Westrumänien, von wo aus einige von ihnen bereits in den 1980er Jahren Reisen in andere Staaten unternommen hatten, insbesondere nach Jugoslawien oder Ungarn. In ihrem Heimatland hatten die Familien zumeist auf dem Land gelebt, in einer konfessionell und sprachlich vielfältigen Region, die durch die seit langem dort lebenden ungarischen, serbischen und schwäbischen Minderheiten (Banater Schwaben) geprägt war. Ein anderer Teil der Familien kam aus der Region des Donaudeltas im äußersten Osten des Landes, insbesondere aus den

Städten Tulcea, Galați, Braila und dem jeweiligen Umland. Einige hatten in Wohnungen in einer dieser Industriestädte gelebt, andere in Häusern auf dem umliegenden Land. Die Regionen, aus denen die beiden größten Gruppen der Hanul-Bewohner stammten, sind historisch und kulturell sehr unterschiedlich geprägt und weisen große Differenzen in den ökonomischen und landwirtschaftlichen Strukturen auf.²²

Mechanismen der Ausgrenzung

Wie die Räumung des Hanul-„Platzes“ im Sommer 2010 gezeigt hat, mit der die seit zehn Jahren stabile Wohnsituation ein Ende fand, ist die Politik der systematischen Räumung und Abschiebung der Roma in ihre Herkunftsländer alles andere als neu. Seit Beginn der 1990er Jahre gilt als institutionelle Logik, diese als unerwünscht geltenden Familien fernzuhalten. Von einigen Ausnahmen abgesehen zeigen Staat und Kommunen keinerlei Toleranz gegenüber neu entstehenden Siedlungen. Seit der Einführung einer jährlichen Abschiebequote im Jahr 2006, die von den betreffenden Dienststellen umgesetzt werden muss (25 000 Abschiebungen im Jahr 2006, 36 000 im Jahr 2012), sind ein Drittel der Ausgewiesenen rumänische und bulgarische Staatsbürger, hauptsächlich Bewohner von Siedlungen. Während seiner Zeit als Innenminister in der Regierung von Jean-Marc Ayrault versprach Manuel Valls im Jahr 2013, diese „Quotenpolitik“ zu beenden, kündigte jedoch zugleich an, eine harte Haltung im Kampf gegen die „erduldeten“ Immigration beizubehalten. Faktisch scheint die Zahl der Abschiebungen seit dem politischen Machtwechsel bei den Präsidentschaftswahlen 2012 nicht gesunken zu sein.

Bis Januar 2007 war eine fehlende Aufenthaltserlaubnis über das dreimonatige Touristenvisum hinaus bereits ausreichend für einen Abschiebungstitel (frz. „obligation de quitter le territoire“, Anweisung zum Verlassen des Landes). Dies ist jedoch seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens nicht mehr möglich. Daher rechtfertigten die Behörden seit Frühjahr 2007 die Abschiebung rumänischer und bulgarischer Staatsbürger beinahe systematisch mit dem Argument, dass die „Überlastung des

französischen Sozialsystems“ durch Personen ohne Erwerbseinkommen drohe. Diese Regelung war zwar bereits im Code de l'Entrée et du Séjour des Etrangers et du Droit d'Asile (dt. Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern und über das Asylrecht) enthalten, jedoch bis dato noch nie zur Ausweisung von EU-Bürgern herangezogen worden. Zugleich drängt die Einführung eines „Übergangsstatus“,²³ der die Möglichkeiten legaler Erwerbstätigkeit drastisch einschränkt, die Familien weiter in die Schattenwirtschaft und macht es ihnen unmöglich, ein ausreichendes legales Einkommen vorzuweisen. All diese Maßnahmen – seien es die systematische Räumung der Siedlungen, die Abschiebung in die Herkunftsländer oder die Reglementierungen, die legale Erwerbstätigkeit verhindern – werden häufig als nutzlos, ja gar als unvernünftig verurteilt. Es stellt sich die Frage, warum eine kleine, seit vielen Jahren quantitativ stabile Bevölkerungsgruppe zum Umherirren gezwungen und in materieller Not belassen wird, obwohl auch für diese EU-Bürger das unantastbare Recht auf Freizügigkeit gilt und ihre Abschiebung zudem enorme Kosten verursacht. Ganz zu schweigen davon, dass die Abgeschobenen schon nach wenigen Tagen oder Wochen wieder an dieselben Orte zurückkehren. Der gesetzliche Rahmen, der unentwegt aktualisiert wird, zeugt von der zu Grunde liegenden Verwaltungslogik und offenbart eine unerbittliche politische Kohärenz: Die Gesetze und Vorschriften sowie nicht selten auch die spontanen Entscheidungen der Schalterbeamten²⁴ bilden ein effizientes Bündel an Kontrollmaßnahmen, das Unerwünschte auszuschließen versucht.

Die Bewohner der Siedlungen verhalten sich indes nicht passiv, sondern passen sich laufend an die neuen Umstände an und antizipieren mögliche Räumungen. Einige schaffen es, dem Leben in der Siedlung ganz zu entkommen und sich „unsichtbar“ zu machen, andere erdulden weiterhin die erzwungene Irrfahrt, oft in denselben Regionen. Auf lokaler Ebene wiederum sind manche Familien unterschiedlichen, mehr und weniger sinnvollen, sogenannten Eingliederungsmaßnahmen unterworfen. So wurde gegenüber vom Hanul Ende 2007 ein „Integrationsdorf“ gegründet, das fünfzehn Familien aufnahm, die im Zuge der Räumung eines einige hundert Meter entfernten Lagers ausgewählt

worden waren. An die 500 Personen hatten dort gelebt, von denen 90 in Frankreich bleiben konnten (19 von 125 Familien) – die übrigen wurden nach Rumänien zurückgeschickt oder errichteten ihre Siedlungen in der Umgebung neu.

Der Ansatz, die Bewohner zuerst zu selektieren und dann auf bewachten Lagerplätzen zu sammeln, wo sie sich verpflichten müssen, einem geradlinigen und normativen „Integrationsprozess“ zu folgen, reproduziert letztlich das Siedlungswesen, diesmal jedoch offiziell und von staatlicher Seite organisiert.²⁵ Dabei sind sich diese politischen Initiativen selten der Schwierigkeiten bewusst, die auf den Sozialarbeitern ebenso wie auf den Verantwortlichen in den Institutionen lasten, wie beispielsweise der Personal- und Materialmangel, die administrativen Hürden oder die nicht zu vernachlässigenden Vorbehalte der Öffentlichkeit oder der institutionellen Partner. Auch weiterhin bleibt den Betroffenen der Zugang zu Erwerbstätigkeit und die zeitnahe Unterbringung in Sozialwohnungen in den meisten Fällen verwehrt, selbst wenn die Projekte nur auf wenige Jahre angelegt sind. Die provisorischen „Betreuungseinrichtungen“ befinden sich meistens in derselben Gegend wie die selbstgebauten Lager, manchmal sogar auf eben jenem Stück Land, das einige Monate oder Jahre zuvor selbst noch einen „Platz“ bildete. Illustriert dies nicht besonders deutlich das Paradoxon der öffentlichen (Ohn)Macht, dem zufolge Menschen zuerst getrennt und dann am selben Ort wieder zusammengeführt werden, um sie zu „integrieren“ oder „einzugliedern“? Der kürzlich veröffentlichte Bericht zur „Evaluation der Maßnahmen zur Begleitung der Siedlungsbewohner“²⁶ bestätigt diesen Willen zur Selektion: Er regt an, die Praxis der „sozialen Diagnostik“ in den nicht genehmigten Siedlungen zu systematisieren, um bereits vorab die Familien zu identifizieren, die eine „reale Perspektive in Frankreich“ haben. Eine Politik gegenüber einer gesamten Zielgruppe wird damit von einer direkten Kontrolle einzelner Individuen abgelöst. Die Auswahlkriterien, die zwar offiziell eindeutig und sachlich sind (eingeschulte Kinder, Beherrschung der französischen Sprache, Arbeitserfahrung, keine Vorstrafen), erweisen sich als unscharf und ausgesprochen variabel, sobald sie umgesetzt werden sollen. Aufgrund der sehr geringen Anzahl an Unterkünften oder Angeboten zur

provisorischen Unterbringung, die von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt werden, wird die Auswahl unter den potentiell Begünstigten nach einem vorher festgelegten strengen Numerus clausus getroffen.²⁷ So wird etwa ein Dutzend „begünstigter Haushalte“ ermittelt, ungeachtet der Größe der jeweiligen Siedlung. Ob nun explizit oder implizit, die Kategorie „Roma-Migranten“ stellt demnach eine performative Kategorie dar, und zwar weil sie die Nicht-Aufnahme zugleich begründet und rechtfertigt.

Fazit

Die seit Beginn des neuen Jahrtausends in Frankreich diskutierte „Roma-Frage“ steht somit in einem größeren europäischen Kontext, innerhalb dessen sich eine ethnisch basierte Kategorie von Nationalität und Zugehörigkeit herausbildete, auf die spezifische politische Maßnahmen gerichtet sind. Es scheint, dass Entscheidungsträger und Institutionen mit der heutigen Kategorie „Roma“ eine Differenzierung anstreben, und zwar sowohl nach kognitiven als auch nach juristischen und räumlichen Kriterien: Diejenigen, die als „Roma/Zigeuner“ bezeichnet werden, gelten als Einheimische; sie sind Staatsangehörige und EU-Bürger und keine a priori erkennbaren Ausländer. Die „Zigeunerkunde“ des 19. Jahrhunderts, die im Verlauf der letzten 20 Jahre durch die Politik zur Förderung eines „sozialen Aufstiegs der Roma-Minderheit“²⁸ wieder an Aktualität gewonnen hat, führt zu einer gleich doppelten Zuschreibung von „Andersartigkeit“, im ethnischen wie im sozialen Sinne. So hat die Rhetorik der „Inklusion einer diskriminierten Minderheit“, welche die europäischen und internationalen Institutionen (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), der Internationale

Währungsfonds, die Weltbank) aber auch bedeutende NGOs wie das Open Society Institute propagierten, das Schicksal der Roma nachhaltig von den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen der 1990er und 2000er Jahre abgekoppelt.

In Frankreich hat die jüngste, eher ethnisch als sozioökonomisch konnotierte Fokussierung auf die „Roma-Migranten“ – zweifelsohne sehr wenige an der Zahl – die strukturellen Schwierigkeiten, mit denen sich diese wie alle sozial Schwachen konfrontiert sehen, in den Hintergrund gedrängt: das Fehlen einer wirksamen Wohnungspolitik, ein finanziell ungenügend ausgestatteter Sozial- und Gesundheitssektor, der von Rentabilitätsdruck und Geschäftslogik geprägt ist²⁹, ein Arbeitsmarkt, der zum Opfer der Finanzlogik der Wirtschaft wird, usw. Die 15 000 bis 20 000 in Lagern lebenden Roma machen nur einen verschwindend geringen Teil der 3,5 Millionen Menschen in Frankreich aus, die in ärmlichen Wohnverhältnissen leben und von denen 700 000 Personen ihres „privaten Wohnraumes beraubt“³⁰ sind. Es sind letzten Endes nicht „die Roma“ im Allgemeinen, die eine zielgerichtete und koordinierte Politik auf europäischer Ebene benötigen. Ein großer Teil der sogenannten Roma- oder Zigeuner-Gemeinschaften, im Westen wie im Osten Europas, sind sehr gut und in verschiedenster Form in ihr jeweiliges Umfeld integriert und wünschen nichts anderes, als in Ruhe ihr Leben führen zu dürfen, ohne durch eine von oben oktroyierte eindeutige Kategorisierung vereinnahmt zu werden. Allerdings wären die Lebensbedingungen all derer, die seit 20 Jahren tatsächlich einen schrittweisen sozialen Abstieg erleben und die aufgrund dessen emigrieren, nur durch eine wirksame Sozialpolitik zu verbessern, die jene Mechanismen bekämpft, die Ungleichheiten erst produzieren.

Dr. Martin Olivera, Ethnologe, assoziiertes Mitglied des Laboratoire d'anthropologie urbaine (Institut interdisciplinaire d'anthropologie du contemporain, CNRS/EHESS, Paris), Mitglied des Lenkungsausschusses des wissenschaftlichen Netzwerks Urba-rom.

Übersetzung aus dem Französischen: Helena Dawin

Anmerkungen

- 1 Vgl. Henriette Asséo, *L'invention des Nomades en Europe au XXe siècle et la nationalisation impossible des Tsiganes*, in: Gérard Noiriel (Hrsg.), *L'Identification des personnes, Genèse d'un travail d'Etat*, Paris 2007, S. 161-180.
- 2 Weltbank, Open Society Institute (OSI), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Europarat, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Europäische Kommission.
- 3 Vgl. DIHAL (Délégation interministérielle à l'hébergement et à l'accès au logement des personnes sans abri ou mal logées), *Vade-mecum à l'usage des correspondants „points de contact départementaux“ de la mission relative à l'anticipation et l'accompagnement des opérations d'évacuation des campements illicites*, Mai 2013, <www.gouvernement.fr/sites/default/files/fichiers/dihal_dpt_-_vademecum_campements.pdf> (abgerufen am 1.9.2014). Dieser Bericht wurde im Rahmen eines Diskussionstags veröffentlicht, der sich mit dem Thema „Vorwegnahme der Räumung illegaler Siedlungen und die dabei notwendige Begleitung der dortigen Bewohner“ befasste, mehr als ein Jahr nach der Annahme eines interministeriellen Rundschreibens (26.8.2012), das eine neue Regierungspolitik anstrebte, um die Frage der „Roma-Lager“ zu lösen.
- 4 Vgl. Nicolas Sarkozy, Rede von Grenoble, 30.7.2010, <<http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/2014/03/27/25001-20140327ARTFIG00084-le-discours-de-grenoble-de-nicolas-sarkozy.php>>, (abgerufen am 1.9.2014).
- 5 Vgl. La Croix, 21.8.2014, <<http://www.la-croix.com/Actualite/France/Le-jeune-Rom-lynche-de-Pierrefitte-retourne-dans-son-bidonville-2014-08-21-1194817>>, (abgerufen am 1.9.2014).
- 6 Eurostat zufolge handelte es sich im Jahr 2007 um 2,1 Mio. Menschen, die OECD schätzt die Zahl der hauptsächlich nach Italien und Spanien emigrierten rumänischen Arbeitnehmer im Jahr 2012 auf mehr als 3 Mio. (International Migration Outlook 2012, OECD).
- 7 Vgl. Emmanuelle Pons, *Les Tsiganes de Roumanie, des citoyens à part entière?*, Paris 1995.
- 8 Vgl. Elena Marushiakova und Veselin Popov, *Les migrations des Roms balkaniques en Europe occidentale: mobilités passées et présentes*, in: *Balkanologie*, Nr. 1-2, Dezember 2008.
- 9 Die Unterscheidung „immigration choisie“ versus „immigration subie“ (erwählte versus erduldeten Immigration) wurde von Nicolas Sarkozy als Teil seiner Wahlkampfstrategie etabliert und von Kritikern als Aufruf zu einer selektiven Immigrationspolitik und Benachteiligung nicht erwerbstätiger Zuwanderer (z.B. im Rahmen der Familienzusammenführung) abgelehnt.
- 10 Ab 2002 tauchte das Bild vom „mafiosen Netz der Roma“ regelmäßig in den Schlagzeilen auf. Vgl. die Sendung „C dans l'air“, ausgestrahlt auf France 5 am 11. 2.2005, mit dem Titel „Roma: Die Route des Verbrechens“, für die France Télévisions wegen Anstiftung zum Hass im Mai 2009 verurteilt wurde. Siehe auch die aktuellere Titelseite der Wochenzeitschrift *Valeurs Actuelles*: „Roms, l'overdose“, August 2013, <<http://www.valeursactuelles.com/roms-l%E2%80%99overdose20130821.html>>, (abgerufen am 1.9.2014).
- 11 Vgl. Alain Reyniers, *La troisième migration*, in: *Tsiganes d'Europe, Études tsiganes*, 1, 1993, Paris; Norah Benarosh Orsoni, *L'aménagement de la précarité. Pratiques d'habitat collectif chez des Roms roumains à Montreuil*, in: *Études tsiganes* 38, 2009, S. 178-189.
- 12 Vgl. Richard Black et al. (Hrsg.), *A continent moving to West? EU enlargement and labour migration from central and eastern Europe*, Amsterdam 2010.
- 13 Vgl. Martin Olivera, *Roms en (bidon)villes. Quelle place pour les migrants précaires aujourd'hui?*, Paris 2011.
- 14 Vgl. Colette Pétonnet, *On est tous dans le brouillard*, Paris 2002; Marie-Christine Volovitch-Tavares, *Portugais à Champigny, le temps des baraques*, Paris 1995; Abdelmalek Sayad, *Un Nanterre algérien, terre de bidonvilles*, Paris 1998.
- 15 Vgl. Chadia Arab, *La circulation migratoire: Une notion pour penser les migrations internationales*, in: *e-migrinter* 1, 2008, S. 20-25, hier S. 21.
- 16 Vgl. Dana Diminescu, *Faire une saison. Pour une anthropologie des migrations roumaines en France. Le cas du Pays d'Oaş*, in: *Migration/Études* 91, 1999; Alain Tarrus, *Au-delà des États-nations: des sociétés de migrants*, in: *Revue Européenne des Migrations Internationales*, 2001/17; ders., *La Mondialisation par le bas: Les Nouveaux Nomades de l'économie souterraine*, Paris 2002.
- 17 Vgl. Martin Olivera, *Stereotypes, statistiques et nouvel ordre économique: retour critique sur la fabrique de la „question rom“*, in: Olivier Legros und Jean Rosetto (Hrsg.), *La „question rom“ en Europe aujourd'hui*, *Études tsiganes*, 46, 2012, S. 116-135.
- 18 Bislang wurden die Bewohner nicht genehmigter Siedlungen vom INSEE (Institut national de la statistique et des études économiques; Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsforschung) nicht als Obdachlose gezählt, vgl. Françoise Yaouancq et al., *L'hébergement des sans domicile en 2012*, in: *INSEE Première*, <<http://www.insee.fr/fr/ffc/ipweb/ip1455/ip1455.pdf>>, (abgerufen am 1.9.2014).
- 19 Vgl. die Niederlassungen von Generali, Siemens, Orange oder der SNCF im Laufe der letzten Jahre rund um das Stade de France in Saint-Denis.
- 20 Le Hanul bedeutet auf Rumänisch etwa „Zwischenhalt“, „Herberge“.
- 21 Es ist heutzutage äußerst selten, dass sich ein solches Lager auf der Île-de-France hält, und sei es nur für ein Jahr. Der Abstand zwischen den Räumungen wird seit 2007 immer

- geringer: Es kommt vor, dass Familien innerhalb eines Jahres mehr als zehn Räumungen miterleben. Diese Frequenz scheint seit dem politischen Machtwechsel 2012 nicht gesunken zu sein ; vgl. Philippe Goossens, Recensement des évacuations forcées de lieux de vie occupés par des Roms étrangers en France, in: Association Européenne pour la Défense des Droits de l'Homme, 2013, <http://www.ldh-france.org/IMG/pdf/rapport_recensement_expulsions_forcees_philippe_goossens.pdf>, (abgerufen am 1.9.2014).
- 22 Der Banat von Timișoara stand seit Beginn des 18. Jahrhunderts unter österreichisch-ungarischer Herrschaft, während die Dobroudja (Tulcea und das Donaudelta) bis 1878 weiterhin von den Osmanen regiert wurde.
- 23 Diese Möglichkeit wird jedem Mitgliedstaat anlässlich der Aufnahme eines neuen Staates in die EU durch die europäischen Verträge gegeben.
- 24 Vgl. Michael Lipsky, Street-Level Bureaucracy: Dilemmas of the Individual in Public Services, Russell Sage Foundation, New York 1980; Céline Gabarro, Quand la Roumanie adhère à l'Union Européenne: quels changements dans l'accès à la couverture maladie universelle pour les ressortissants communautaires?, in: Frédéric Le Marcis und Katia Lurbe I Puerto (Hrsg.), Endoétrangers. Exclusion, reconnaissance et expérience des Roms et Gens du Voyage en Europe, Bruxelles 2013, S. 87-107; Alexis Spire, Accueillir ou reconduire. Enquête sur les guichets de l'immigration, Paris 2008.
- 25 Vgl. Olivier Legros, Les „villages d'insertion“: un tournant dans les politiques en direction des migrants roms en région parisienne?, in: Revue Asylon(s), Nr. 8, Juli 2010.
- 26 Der Bericht wurde im Mai 2013 veröffentlicht, Mitverfasser sind sowohl die Generalinspektionen für Verwaltung, für soziale Angelegenheiten sowie für Bildungswesen und Forschung als auch der Allgemeine Rat für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, <<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/134000412/0000.pdf>>, (abgerufen am 1.9.2014).
- 27 Vgl. Caroline Maillary, Diagnostiquer pour mieux trier, in: Plein Droit Nr. 99, 2013/2014.
- 28 Bei den Institutionen wurde indes im Zuge des Begriffswechsels (von Zigeunern zu Roma) die Kategorisierung der gemeinten sozialen Gruppen nie grundlegend in Frage gestellt. Die quantitative (und mediale) Entwicklung der „Fachexpertise“ in den Institutionen bleibt weit entfernt von den Untersuchungen der Sozialwissenschaften in den letzten 30 Jahren.
- 29 Vgl. Michel Chauvière, Trop de gestion tue le social. Essai sur une discrète chalandisation, Paris 2007.
- 30 Zahlen der Fondation Abbé Pierre, L'état du mal-logement en France. 18e rapport annuel, <<http://www.fondation-abbe-pierre.fr/sites/default/files/content-files/files/18e-rapport-annuel.pdf>>, (abgerufen am 1.9.2014). Die Kategorie der Personen „ohne privaten Wohnsitz“ umfasst sowohl diejenigen „ohne festen Wohnsitz“ (141 500) als auch die Personen, die im Hotel, im Heim, in Sozialwohnungen oder behelfsmäßigen Notunterkünften – in besetzte Häusern, Slums, Autos oder Wohnwagen (140 000) leben und schließlich diejenigen, die bei Dritten wohnen.

